

Die Autorin charakterisiert das Neukatechumenat als eine Bewegung, die *kleinere Gruppen* von Gläubigen anspreche und *strengere Abgrenzungen* vornehme, ein *anderes Priesterbild* aufweise, als es bei anderen Gemeinden in der Regel der Fall sei. Viele, die mancherlei Bedenken gegenüber dem neukatechumenalen Weg äußerten, würden ihn deswegen jedoch nicht gleich als „fundamentalistischen Kult“ bezeichnen. Sie sähen ihn an als „begrenzt und selektiv in Interpretation und Anwendung sowohl der Bibel wie der Tradition, einschließlich der Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils“. Dadurch jedoch, daß die Bewegung sich selbst im Zentrum der Pfarrgemeinde wie der Kirche insgesamt sehe und als Norm für Kirchenmitgliedschaft begreife, sei es nicht möglich, sie lediglich als eine unter mehreren „Quellen katholischer Identität innerhalb einer zunehmend pluralistischen religiösen Gemeinschaft“ anzusehen.

Der traditionelle kirchliche Umgang mit Problemen dieser Art – integrieren statt ausgrenzen – wird jedenfalls gegenwärtig auf eine erhebliche Bewährungsprobe gestellt. So erfolgreich in der Vergangenheit auch nach dieser Devise verfahren wurde, so dringlich stellt sich heute die Notwendigkeit, mit der inneren Pluralität und Gegensätzlichkeit gerade bei kirchlichen Sondergruppen so umgehen zu lernen, daß die Gesamtkirche nicht Schaden nimmt. Die Mediengesellschaft macht jederzeit und überall alles präsent, was auf diesem Gebiet geschieht. Die Grenzen nicht zu eng zu ziehen, ohne damit legitime Neuansätze bereits im Keim zu ersticken, bevor sie sich haben bewähren können, ohne aber auch problematische religiöse Haltungen und Praktiken zu begünstigen bzw. in eine problematische Nähe zu ihnen zu geraten – an dieser Gratwanderung führt kein Weg vorbei.

Klaus Nientiedt

Über Religionsgrenzen hinaus

Kirchliche Entwicklungsarbeit im islamischen Raum

In islamischen Ländern leben christliche Minderheiten unter mehr oder weniger schwierigen Bedingungen. Die kirchliche Entwicklungsarbeit in diesen Ländern muß auf deren religiös-kulturelle Bedingungen Rücksicht nehmen. Sie leistet aber einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zu einem solidarischen Miteinander und zum Abbau von Vorurteilen zwischen Christen und Muslimen. Die Autorin des folgenden Beitrags ist Mitarbeiterin des Hilfswerks Misereor.

In nahezu allen Ländern der sogenannten Dritten Welt gibt es christliche Gemeinschaften und Kirchen, die über ihr pastorales Engagement hinaus soziale und entwicklungspolitische Ziele verfolgen. Je nach Religionszugehörigkeit der Gesamtbevölkerung oder einzelner Bevölkerungsgruppen ergeben sich hier spezifische Probleme und Anforderungen. Dies gilt wohl in besonderem Maße für die Länder mit überwiegend islamischer Bevölkerung und ihren kulturellen, sozialen und politischen Gegebenheiten.

In fast allen Ländern mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung haben bedingt durch den Minderheitenschutz, den das islamische Recht für Christen und Juden vorsieht, bis heute christliche Kirchen und Bevölkerungsgruppen überlebt. Es handelt sich um etwa 40 Staaten in Afrika und Asien, die sich trotz der gemeinsamen Religion durch eine Vielzahl von kulturellen und geographischen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren voneinander unterscheiden. So ist auch die Situation christlicher Minderheiten in mehrheitlich islamischen Staaten keinesfalls homogen.

Zunächst ist der Anteil der christlichen Bevölkerung sehr unterschiedlich und liegt beispielsweise unter 2 Prozent in Algerien, der Türkei, Marokko, Afghanistan, Pakistan und dem Jemen, zwischen 5 Prozent und 10 Prozent in Ägypten,

dem Senegal, Malaysia und Indonesien, bei etwa 20 Prozent in Nigeria und dem Tschad und bei annähernd 50 Prozent im Libanon. Hinzu kommen Länder wie Indien mit einer islamischen Bevölkerungsmehrheit in bestimmten Regionen, sowie Länder wie Tunesien mit einer reinen Ausländerkirche. In vielen Ländern kommt die Spaltung der Christen in mehrere, häufig miteinander konkurrierende Konfessionen erschwerend hinzu.

Insgesamt verschiebt sich die Bevölkerungsrelation aus verschiedenen Gründen zugunsten des Islams. Die Kinderzahl in muslimischen Familien ist im Durchschnitt höher als in christlichen, viele Christen gerade aus den nahöstlichen Ländern emigrieren nach Europa oder Amerika, und der Islam ist bei der Mission unter der animistischen Bevölkerung Schwarzafrikas zweifellos erfolgreicher als das Christentum. Konversionen vom Christentum zum Islam kommen durch interreligiöse Eheschließungen, zur Erlangung beruflicher und sozialer Vorteile und hin und wieder sicher auch aus Überzeugung zustande; von der islamischen Propaganda werden sie gerne hochgespielt.

Rein theoretisch könnte diese Entwicklung langfristig eine Verschlechterung der Situation christlicher Minderheiten und eine Einengung kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten zur

Folge haben. Die Gleichung „je mehr Christen, desto besser ihre Situation“ geht allerdings nicht auf. Dies zeigt unter anderem ein Vergleich zwischen dem liberalen Bangladesh mit 0,3 Prozent Christen und dem fundamentalistisch-islamisch geprägten Sudan mit etwa 12 Prozent Christen.

Dienst am Nächsten ungeachtet seiner Religionszugehörigkeit

Die Regierungen von Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit sind in sehr unterschiedlichem Ausmaß am Islam orientiert. So liegen beispielsweise in der Türkei, Syrien oder dem Irak nationalistische oder sozialistische Ideologien zugrunde, die eine diskriminierende Unterscheidung zwischen Religionsgemeinschaften per se verbieten – was nicht heißt, daß es sie in der Realität nicht gäbe. Anders verhält es sich mit Ländern wie Pakistan, Iran, den Golf-Staaten, Ägypten, Marokko oder dem Sudan, die in hohem Maße islamisches Recht realisieren und insofern eine unterschiedliche Behandlung von Muslimen und Nicht-Muslimen explizit vorsehen.

Auch wenn das islamische Minderheitenrecht heute kaum mehr in seiner Reinform in Kraft ist, prägt es doch in der Mehrzahl der islamischen Länder den Status der Christen. So sehen die Verfassungen nahezu aller islamischen Länder vor, daß das Staatsoberhaupt ein Muslim sein muß und daß der Islam als Hauptquelle der Gesetzgebung anzusehen ist. Je nach Auslegung geht hiermit ein hohes Maß an *Islamisierung des öffentlichen Lebens* einher, von dem auch Christen und Kirchen betroffen sind. Die freie Ausübung des Ritus und der religiösen Unterweisung ist in der Realität in aller Regel gewährleistet, solange hiermit keine religiöse Propaganda in der Öffentlichkeit verbunden ist. In sehr wenigen Staaten wie Libyen und Saudi-Arabien ist das Tragen nicht-muslimischer religiöser Symbole – so zum Beispiel einer Halskette mit Kreuz – verboten. In fast allen Ländern ist es vergleichsweise schwierig, die Genehmigung für kirchliche Neubauten zu erlangen. Streng verboten ist in jedem Fall jegliche Missionierung unter Muslimen.

In nahezu allen islamischen Ländern unterhalten die Christen verschiedener Konfessionen soziale Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser, die institutionell in die jeweilige kirchliche Struktur eingebunden sind und häufig in die Kolonialzeit zurückgehen. Diese Einrichtungen sind aus einer Reihe von Gründen in aller Regel erheblich besser und effektiver als die Regierungskrankenhäuser und -schulen.

Von europäischen Missionaren und Missionarinnen, die insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in großer Zahl in die islamische Welt strömten, wurde der Erfahrungsvorsprung des Abendlandes in wissenschaftlichen Disziplinen wie Medizin und Pädagogik mitgebracht. Aufgrund der größeren kulturellen Nähe zwischen den einheimischen Christen der islamischen Welt und dem Westen war die Offenheit hierfür bei ihnen wesentlich größer als in der islami-

schen Bevölkerung. Hinzu kommt erhebliche finanzielle Unterstützung dieser Einrichtungen aus dem Ausland, sei es durch finanzkräftige emigrierte Christen oder durch Stiftungen und kirchliche Hilfswerke. Wenn von christlicher Seite die Überlegenheit der eigenen Institutionen gern auf die Religion selbst und ihre vermeintliche Überlegenheit gegenüber dem Islam zurückgeführt wird, ist dies sicher zu kurz gegriffen.

Tatsächlich erweisen gerade Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser den Kirchen und der christlichen Bevölkerung einen enormen Dienst, werden sie doch von zahlreichen Muslimen – insbesondere, aber nicht nur aus der jeweiligen Oberschicht – in Anspruch genommen, die sich in der Folge für den Erhalt und die Stärkung dieser Institutionen einsetzen. Eine Reihe einflußreicher Politiker und sonstiger Entscheidungsträger in islamischen Ländern haben christliche Missionsschulen durchlaufen. Den Ordensgemeinschaften, die meist hauptverantwortlich für diese Arbeitsbereiche zeichnen, wird ohnehin aufgrund ihres intensiven Gebetslebens auch im streng islamischen Milieu ein hohes Maß an Achtung entgegengebracht. Andererseits betrachten viele Muslime christliche und kirchliche Institutionen mit großer Skepsis, zumal die Kirche über Jahrhunderte für die islamische Welt als eine oftmals aggressive missionarische Kraft erfahrbar wurde, die teilweise mit den europäischen Kolonialherren koalierte.

Die Assoziation von Christentum mit Unterdrückung und Fremdbestimmung von Muslimen mag zwar heute einer realistischen Grundlage entbehren, bleibt aber unvermindert virulent. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Missionsverständnis der Kirche grundlegend gewandelt. War früher die Gewinnung von neuen Christen durch die Taufe das Hauptziel missionarischer Aktivität, tritt heute das Zeugnis für die Liebe Christi durch den Dienst am Nächsten ungeachtet seiner Religionszugehörigkeit in den Vordergrund, ein Anspruch, den viele einheimische Christen in islamischen Ländern sozusagen als Missionare im eigenen Land teilen.

Aktivitäten, die zur Annäherung beitragen

Über die klassischen Einrichtungen im Bildungs- und Gesundheitswesen hinaus entstanden so allmählich *entwicklungsorientierte Institutionen und Strukturen* mit dem Ziel, eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit zu erreichen. Caritas-Strukturen sind hier ebenso zu erwähnen wie diözesane und nationale Entwicklungsbüros, die in die lokale kirchliche Hierarchie eingebunden sind, sowie eine Vielzahl kleinerer Initiativen, insbesondere von Ordensgemeinschaften.

Die Arbeitsbereiche und Projekte kirchlicher Träger im islamischen Raum sind vielfältig: Basisgesundheitsprogramme mit Aufklärung über Hygiene und angemessene Ernährung, Impfpfhyllaxe und erste Hilfe bei häufigen Erkrankungen,

Bildungsmaßnahmen wie Alphabetisierung und berufliche Bildung, Gewerbeförderung über Kreditprogramme, ländliche Entwicklung, Wasserversorgung, Menschenrechte. Die genannten Sektoren der Entwicklungsarbeit sind insofern neutral, als hier einer Zusammenarbeit von Christen und Muslimen nichts im Wege steht, wenn einige Faktoren berücksichtigt werden.

In der traditionell islamischen Gesellschaft sind die Lebens- und Aufgabenbereiche von Frauen und Männern klar getrennt. Beide Geschlechter sollten einander außerhalb der Familie so wenig wie möglich begegnen, schon gar nicht unbeobachtet. Aus diesem Grunde werden Entwicklungsmaßnahmen nach Möglichkeit *für Frauen und Männer getrennt* durchgeführt; gemischte Alphabetisierungsklassen oder landwirtschaftliche Kooperativen sind die Ausnahme. Für die medizinische Untersuchung und Beratung sowie den Unterricht von Frauen stehen durchweg Frauen – Ärztinnen, Krankenschwestern, Lehrerinnen etc. – zur Verfügung. Auch den Christinnen wird so der Zugang zu den Maßnahmen erleichtert, zumal hier die Vorstellungen und Ängste der Gesellschaft häufig nicht weniger traditionell sind.

Ein weiteres Beispiel wäre das islamische Verbot, Zinsen zu nehmen. In einem Land mit inflationärer Währung kann ein revolvingender Kreditfonds für Gewerbeförderung beispielsweise ohne Zinsen nicht lange überleben. Hier versucht man verstärkt, eine Lösung zu finden, die auch für Muslime akzeptabel ist, so durch die Entrichtung einer Kreditvermittlungsg Gebühr oder durch einen regelmäßigen Beitrag für die Beratung bei der Kreditverwendung und -rückzahlung anstelle eines nominalen Zinses. Wichtig ist es schließlich, auf muslimischer Seite die Ängste vor Missionierung über soziale Dienste und Werke abzubauen. Die pastorale Arbeit der Kirchen ist daher von der Entwicklungsarbeit klar zu trennen, und zwar nach Möglichkeit räumlich und personell. Wie Christen und Muslime seit Jahrzehnten gemeinsam kirchliche Schulen und Krankenhäuser besuchen, finden sich auch Vertreter beider Religionsgemeinschaften unter den Zielgruppen kirchlicher Entwicklungsaktivitäten. Gemeinsam werden sie im Lesen und Schreiben, in Säuglingspflege, Handarbeit, Handwerk und vielen weiteren Kenntnissen unterwiesen. Sie nutzen dieselben landwirtschaftlichen Flächen und Brunnen und schließen sich in Kooperativen und Genossenschaften zusammen. Vielerorts führen diese Aktivitäten zu einer Annäherung beider Religionsgemeinschaften und zum Abbau gegenseitiger Vorurteile.

In *Bangladesh* zielen umfangreiche Bemühungen der dortigen Caritas auf die Selbstorganisation der ländlichen Bevölkerung ab, damit diese ihre Probleme identifizieren und lösen lernt. Dabei entstehen religionsgemischte Frauen- und Männergruppen, in denen Solidarität aus den gemeinsamen Problemen und Zielen heraus entstehen kann. Die religiösen Unterschiede spielen dabei keine Rolle und finden kaum Erwähnung. Die wechselseitige Akzeptanz religiöser Gewohnheiten, Riten und Feste war seit jeher eine Selbstverständlichkeit und wird erst in jüngster Zeit durch eine gezielte Politisierung des Islams in Frage gestellt.

In *Ägypten* wird in der Verantwortung der koptisch-katholischen Kirche ein landesweites Alphabetisierungs- und Frauenbildungsprogramm durchgeführt. Die Teilnehmerinnen an den Maßnahmen sowie ihre Lehrerinnen sind überwiegend Musliminnen. Viele der Frauen hatten anfangs familiäre Widerstände zu überwinden, um das Haus für Bildungsmaßnahmen dieser Art verlassen zu dürfen. Nach anfänglicher Skepsis kam es mancherorts zu überwältigender Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft in der Bevölkerung. Väter, die vor wenigen Jahren noch den verderblichen Einfluß von Bildung – zumal in kirchlicher Trägerschaft – auf ihre Frauen und Töchter fürchteten, stellen heute Räumlichkeiten für die Alphabetisierungskurse zur Verfügung. In oberägyptischen Dörfern haben selbst Imame ihre Moscheen und zugehörigen Räume kostenlos bereitgestellt.

Der schwere Weg zwischen Konfrontation und Integration

In vielen Ländern Schwarzafrikas wie *Tansania*, die im Vergleich zum arabischen Raum wesentlich später und nur teilweise islamisiert wurden, sind die Religionsgrenzen weniger scharf und verlaufen oft mitten durch Familien. Religionsverschiedene Ehen sind an der Tagesordnung, ebenso Geschwister, die drei oder vier verschiedenen Religionen oder Konfessionen angehören, ohne darin irgendein Problem zu sehen. Die familiäre und ethnische Identität und Anbindung ist in der traditionellen afrikanischen Gesellschaft wesentlich stärker als die religiöse, die dem gegenüber in den Hintergrund tritt. In jüngster Zeit versuchen bestimmte islamische Kreise durch gezielte Politisierung der Religion und fundamentalistische Propaganda diese Rangfolge umzukehren. Theoretisch könnte hiermit sogar ein Verlust der familiären Bindung unter den Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften verbunden sein – ein fundamentaler Angriff auf die afrikanische Kultur.

Für die kirchlichen Träger der Entwicklungsarbeit sind die Konsequenzen deutlich spürbar. Galt es vor einigen Jahren noch, ethnische Empfindlichkeiten zu berücksichtigen, wird heute der Religionszugehörigkeit eine Bedeutung beigemessen, die früher undenkbar war. Allenthalben besteht der Eindruck eines importierten und künstlich geschürten Konfliktes, der auch die kirchliche Entwicklungsarbeit vor ganz neue Fragen stellt.

In den nordafrikanischen Ländern *Tunesien*, *Algerien* und *Marokko* gibt es so gut wie keine einheimischen Christen. Hier haben wir es mit reinen Ausländerkirchen zu tun, die überwiegend zur Kolonialzeit Fuß faßten, um die pastorale Versorgung der französischen Bevölkerung zu gewährleisten. Heute nehmen sie diese Aufgabe für die Ausländer im Lande wahr, sehen aber ihren eigentlichen Auftrag in der christlichen Präsenz im islamischen Milieu und im christlichen Zeugnis. Hier und da ist explizit von einer Berufung zum Leben unter Muslimen die Rede. Aufgrund des reinen

Ausländerstatus der Kirchen in diesen Ländern und ihrer hochsensiblen Verknüpfung mit Kolonialismus und kultureller Überfremdung der islamischen Welt durch den Westen sind diese Kirchen in ihrer Sozialarbeit sehr zurückhaltend und diplomatisch; religiöse Fragen werden kaum und schon gar nicht offensiv thematisiert. Schwerpunkte kirchlicher Arbeit im Maghreb sind die Förderung von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen sowie der Unterhalt von Bibliotheken, in denen eine Kultur des Dialogs und der geistigen Offenheit gepflegt werden soll.

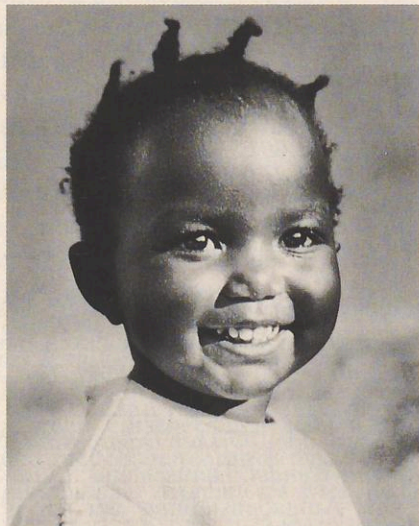
Allen Ländern gemeinsam ist das Bemühen der Kirchen – der katholischen Kirche, in aller Regel aber auch der anderen Konfessionen – ihre Sozial- und Entwicklungsarbeit für die gesamte Bevölkerung zu öffnen. Die Probleme der einzelnen Gruppen sind weitgehend identisch, und eine gezielte Hinwendung zu den einen und Ausschluß der anderen erscheint als weder sinnvolle noch christliche Lösung. Eine einseitige Förderung z. B. nur von Christen würde auch zu einer wirtschaftlichen Polarisierung zwischen Religionsgemeinschaften führen und dem Frieden keinesfalls dienen.

Bei aller Offenheit sind der Kooperationsbereitschaft mit Muslimen auf christlicher Seite deutliche Grenzen gesetzt. In einer hierarchisch strukturierten Entwicklungsorganisation sind sie beteiligt als Durchführende von Maßnahmen (Lehrer, Ärzte, Ausbilder, Animateure, etc.) sowie als Hilfs-

personal (Fahrer, Buchhalter, Sekretärinnen, etc.). Die Ebene der *Entscheidungsträger*, die die großen Linien der Arbeit – häufig auch nach kirchenpolitischen Kriterien – abstecken, erreichen sie freilich nicht. Hier zeigen die Christen, die sich häufig als Opfer von Diskriminierung fühlen, auch eine gewisse Minderheitenarroganz und erheben den Anspruch, aufgrund von vermeintlicher theologischer und moralischer Überlegenheit letztlich alles besser zu machen.

Die Angst, daß eine Öffnung zu einer allmählichen Unterwanderung und Übernahme christlicher Institutionen durch den Islam führen könnte, mag irrational erscheinen, ist aber in einer Reihe von Ländern nicht ganz unberechtigt. Sie muß ernst genommen werden in einer Zeit, in der innerislamische Strömungen die Oberhand gewinnen, die religiösen Minderheiten nicht freundlich gesonnen sind und auf die Übernahme politischer Macht abzielen. Wo solche Kräfte ihr Ziel erreicht haben wie im Sudan oder in Pakistan, werden Christen und andere religiöse Minderheiten per Gesetz zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Religionsfreiheit gemäß der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen existiert im traditionellen und fundamentalistischen Islam nicht.

Vor diesem Hintergrund ist es unendlich schwierig, einen weisen Weg zwischen Konfrontation und Integration zu finden. Die Frage, ob man Muslime auf allen Ebenen beteiligen sollte oder nicht, ist hochpolitisch und letztlich nicht zufriedenstellend und schon gar nicht allgemeingültig zu beantworten.



Von den 1.700 Millionen Kindern der Welt leben 980 Millionen in den ärmsten Ländern dieser Erde. Ihre Eltern haben keine Arbeit oder verdienen zu wenig, um ihre Familien zu ernähren. Kleidung, Medikamente oder Schulgeld zu bezahlen, ist unmöglich. Die medizinische Grundversorgung in diesen Regionen ist unzureichend, denn oft gibt es nur einen Arzt für über 10.000 Patienten und in den spärlich eingerichteten Krankenstationen fehlt es



action medeor - Hilfe läßt Kinder wieder lachen

an den notwendigsten Medikamenten. Hier hilft seit über 30 Jahren das Deutsche Medikamenten-Hilfswerk action medeor. Mit wirksamen Medikamenten gegen die schlimmsten Krankheiten kann preiswert geholfen werden. Schon 5,- DM reichen aus, um 60 Kinder von Malaria zu heilen oder nur 20,- DM werden benötigt, um 40 Kinder einen Monat lang mit Vitamin A zu versorgen und somit diese Kinder vor Erblindung zu schützen. **Jeder, der kranken Kindern in den armen Regionen der Welt helfen will, kann das durch die Unterstützung der action medeor tun.**

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



Spendenkonto 1000
Sparkasse Krefeld
(BLZ 320 500 00)

Ein Spendenbeleg ist
dieser Ausgabe der
Kirchenzeitung beigelegt.

Rücklauf-Coupon

- Ja, ich will mithelfen.
- Ein Verrechnungsscheck liegt bei.
- Bitte schicken Sie mir:
- Informationen über die medeor-Hilfe
- Informationen über medeor-Partnerschaften



St. Töniser Straße 21
47918 Tönisvorst
Telefon 02156/9 78 80



Die enorme finanzielle Unterstützung aus dem Ausland ermöglicht der Kirche eine qualifizierte Sozial- und Entwicklungsarbeit, die in aller Regel der gesamten Bevölkerung zugute kommt und das Ansehen von Christen in der muslimischen Bevölkerung hebt. Wenn die Kirche allerdings von Solidarität mit den Armen spricht, gleichzeitig aber in einfachen Hüttendörfern, die dem nächsten Wirbelsturm kaum standhalten dürften, mehrstöckige Sozialzentren in moderner Bauweise errichtet und die Ordensschwwestern als einzige weit und breit in einem soliden Haus leben und sich keine Gedanken um Nahrung und Kleidung machen müssen wird dieses Ansehen schwer beschädigt. Die sichtbare Unterstützung aus dem Ausland schürt das Vorurteil gegen die Christen als Handlanger des Westens und Feinde des Islams und führt zu einem schwer erträglichen Gefälle zwischen den gebenden Christen und den nehmenden Muslimen.

Was bleibt jenseits all dieser Begrenzungen? Armut und Ungerechtigkeit haben keine Religion. Frauen leiden beispiels-

weise in der orientalischen Gesellschaft unter vielfacher Diskriminierung; die jeweiligen Situationen von Christinnen und Musliminnen unterscheiden sich da bestenfalls graduell. Die arbeitslosen Jugendlichen der Großstädte und Ballungszentren verlangen nach einer Zukunftsperspektive, die landlosen Bauern nach Gerechtigkeit, alle Menschen nach sauberem Wasser, Nahrung, Kleidung, Gesundheit. All diese Probleme sind unabhängig von der Religionszugehörigkeit und eine gute Basis für Solidarität über Religionsgrenzen hinaus.

Die Menschen in Ländern und Gegenden mit gemischtreligiöser Bevölkerung sind sich dieser Gemeinsamkeiten hinlänglich bewußt. Gerade angesichts gegenläufiger Tendenzen ist es wichtig, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und das darin liegende Entwicklungspotential zu nutzen. Hierin liegt die Chance kirchlicher Entwicklungsarbeit im islamischen Kontext: den Menschen Raum zu geben für ihre Gemeinsamkeiten, für Probleme und ihre Lösungen und so dem Frieden zu dienen.

Rita Breuer

Ein Netzwerk schaffen

Die Europäische Gesellschaft für die theologische Forschung von Frauen

Seit 1986 gibt es die „Europäische Gesellschaft für die theologische Forschung von Frauen“ (ESWTR). Ihr gehören Theologinnen aus den „klassischen“ Disziplinen wie aus der Frauenforschung und der feministischen Theologie an. Durch die Arbeit in Ländergruppen, Treffen und Veröffentlichungen möchte die Gesellschaft das Gewicht der Frauen in der Theologie stärken und den Dialog zwischen den verschiedenen Arbeitsgebieten fördern. Helen Schüngel-Straumann (Alttestamentlerin in Kassel) stellt die ESWTR vor; Teile des Beitrags verfaßten Luise Schottroff und Ina Praetorius.

Die ESWTR wurde unter dem ursprünglichen englischen Titel „European Society of Women's Research in Theology“ von 80 europäischen Theologinnen auf einer Konferenz in Magliaso/Schweiz vom 13. bis 15. Juni 1986 gegründet. Dieser ersten Konferenz folgten seitdem im Abstand von zwei Jahren regelmäßige weitere internationale Konferenzen. Gleichzeitig entwickelten sich nationale Untergruppen dieser Gesellschaft, auch in Deutschland.

Der Ökumenische Rat der Kirchen, genauer: Die „Sub-Unit on Women and Society“ und das „Programme on Theological Education“ des ÖRK, hatte etwa ein Jahr zuvor 25 Frauen aus vielen europäischen Ländern – auch Osteuropas – zu einer „Consultation/Workshop“ nach Boldern/Schweiz (30. Mai bis 2. Juni 1985) eingeladen. Diese Frauen sollten mit der Starthilfe des Ökumenischen Rates Ideen „Towards the Development of a European Feminist Network“ entwickeln.

Aus dieser Konferenz gingen vier Planungen hervor; eine davon war die einer „European Society of Women's Re-

search in Theology“. Gründungsmitglieder dieser neuen Gesellschaft waren sieben der 25 Frauen der „Consultation“: Ellen Juhl Christiansen, Dänemark; Fokkelien von Dijk-Hemmes, Niederlande; Joann Nash Eakin, ÖRK; Catharina J. M. Halkes, Niederlande; Forsker Dagny Kaul, Norwegen; Elisabeth Moltmann-Wendel, Deutschland; Luise Schottroff, Deutschland. Die Aufgabenstellung der zu gründenden Gesellschaft war in einem Bericht der sieben Frauen niedergelegt und vom Plenum der Konsultation verabschiedet worden.

Gemeinschaft trotz mancher Konfliktfälle

Schon im Vorbereitungs-jahr zeigte sich, daß unter den engagierten Theologinnen durchaus unterschiedliche Vorstellungen darüber herrschten, in welcher Weise die neue Gesellschaft theologische Forschung von Frauen zu verstehen habe. Die zentralen Problemfelder waren folgende: Sollte es